

Motion Fraktion SP / Juso (Gisela Vollmer, SP): Sichere Schulwege und Schulwegnetze in der ganzen Stadt

Ausgangslage

Eine Untersuchung im Stadtteil 3 hat gezeigt, dass ein grosser Bedarf an öffentlichen Räumen für Kinder und Jugendliche besteht. Schulwege sind wichtige öffentliche Räume von Kindern und Jugendlichen – Alltagswege dieser Gruppe. Verschiedene Vorstösse wurden hierzu in den vergangenen Jahren eingereicht.

Problemstellung

Die Untersuchung, die gemeinsam mit Vertretern der Elternräte und Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt wurde, hat im Stadtteil 3 Problemstellen an 46 Orten aufgezeigt. Es ist davon auszugehen, dass in den anderen Quartieren die Schulwege ähnlich problematisch sind. Die Kinder- und Jugendstadt Bern sollte dringend die Qualität der Schulwege in der Stadt Bern verbessern.

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die im Stadtteil 3 vorgenommene Untersuchung auf alle anderen Quartiere in der Stadt auszuweiten und dem Stadtrat

1. eine Erfassung von Problemstellen und Angstorten
2. ein Massnahmenpaket mit entsprechenden Lösungsansätzen zu unterbreiten.
3. Erfassung und Massnahmen sollen dabei in partizipativen Prozessen mit den Elternräten erarbeitet werden.
4. Bereits eingereichte Vorstösse (u.a. Margrit Stucki-Mäder, 00.000167; Oskar Balsiger / Ueli Stückelberger, 01.000374; Raymond Anliker, 01.000488; Miriam Schwarz, 04.000256; Christof Berger, 04.000340) sind einzubeziehen.
5. Laufende Aktivitäten von Elternräten in den Quartieren sind zu berücksichtigen und weiterzuentwickeln.

Bern, 31. März 2005

Motion Fraktion SP / Juso (Gisela Vollmer, SP); Maya Widmer, Sarah, Kämpf, Stefan Jordi, Raymond Anliker, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Miriam Schwarz, Rolf Schuler, Margrit Stucki-Mäder, Liselotte Lüscher, Beni Hirt, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Michael Aebersold, Béatrice Stucki, Annette Lehmann, Christof Berger, Corinne Mathieu, Beat Zobrist, Andreas Zysset, Ruedi Keller, Thomas Göttin

Antwort des Gemeinderats

Gestützt auf den Massnahmenplan Verkehrssicherheit und in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Fachstellen und Interessengruppen arbeitet die Stadt seit Jahren gezielt und mit erheblichem Ressourceneinsatz an der Verbesserung der Verkehrssicherheit. Dabei hat die Eliminierung von Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen für Kinder höchste Priorität.

Die Verkehrssicherheitsarbeit der Stadt Bern zielt im Wesentlichen auf das Erkennen und Beheben von Gefahren sowie die Verkehrserziehung / Information.

1. Erkennen von Gefahrenstellen und Unfallschwerpunkten

In der Periode 1992 – 2002 ist die Zahl der verunfallten Kinder unter 16 Jahren in der Stadt Bern von 44 auf 17 pro Jahr zurückgegangen. 2004 waren bei 18 von 1 261 Unfällen (ohne Autobahnen) Kinder beteiligt, in 12 Fällen als (Mit)verursachende. 6 Unfälle mit Kinderbeteiligung ereigneten sich auf dem Schulweg; in drei Fällen war das betroffene Kind zu Fuss unterwegs, in den anderen drei mit dem Velo. Verteilt waren die Verkehrsunfälle mit Kindern auf das ganze Stadtgebiet.

In den letzten Jahren ereignen sich vermehrt Unfälle mit Autos, vor allem Auffahrunfälle, Selbst- und Schleuderunfälle, Unfälle bei Richtungswechseln und wegen Missachtung des Rechtsvortritts. Das Unfallgeschehen hat sich klar auf das Basisnetz und die wichtigsten Strassen des Übergangsnetzes verlagert. In den Wohngebieten führten die Tempo 30-Zonen zu einer deutlichen Verminderung der Verkehrsunfälle; zudem ist hier auch die Schwere der Verletzungen zurückgegangen.

Die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den Klassen des Kindergartens und der Volksschule (insbesondere im 1. und 7. Schuljahr) erfolgen jährlich aufgrund der Klassenorganisation und in Berücksichtigung möglichst kurzer Schulwege. Dies bedeutet, dass sich die Einzugsgebiete von Kindergärten und Schulhäusern entsprechend ändern können. Eine längerfristig gültige örtliche Festlegung der Schulwege ist deshalb nicht möglich. Ohnehin benützen die Kinder in ihrer Freizeit sämtliche zur Verfügung stehenden Verkehrswege.

Durch den Strassenverkehr besonders gefährdet sind die jüngeren Kinder, die sich in Aufenthalts- und Spielräumen (Freizeitanlagen, Vorgärten, Schularealen, Begegnungszonen) bewegen. Auch von da her wäre eine Fokussierung der Untersuchungen und Massnahmen nur auf die Schulwege wenig sinnvoll.

Allfällige Sicherheitsdefizite auf Schulwegen werden bei den periodischen Kontakten der Fachleute (Verkehrsplanung, Beratungsdienst Verkehrssicherheit der Stadtpolizei, Fachstelle Verkehrssicherheit) mit den Elternräten, Schulleitungen und Quartierkommissionen schon heute erfasst. Gefahrenmeldungen gelangen auch aus der Bevölkerung direkt oder über die Quartierorganisationen zur Stadt.

Das Erkennen von Defiziten im öffentlichen Raum ist im Übrigen ein Thema der Quartierplanungen, deren Schwerpunkte mit der jeweils zuständigen Quartierorganisation festgelegt werden. Die bereits vorliegenden Quartierplanungen enthalten u.a. Massnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds in einer kindergerechten Stadt sowie zur Verbesserung der Sicherheit auf Schulwegen und im Umfeld der Schulhäuser. Bei der bevorstehenden Erarbeitung der Quartierplanungen für die Stadtteile III und IV können wie bis anhin spezifische Problembe- reiche wie eben die Schulwegsicherheit wiederum von den Quartierorganisationen oder von ad hoc-Arbeitsgruppen aus Eltern- und Schulvertretungen direkt eingebracht werden.

2. Sanieren von Gefahrenstellen und Unfallschwerpunkten

Aufgrund des 1. Massnahmenplans Verkehrssicherheit (MVS, 1993 – 2001) wurden die wichtigsten Unfallschwerpunkte im städtischen Strassennetz bereits ermittelt und saniert. Nun laufen die Arbeiten des 2. Massnahmenplans MVS, der sich an der vom Bund formulierten „Vision Zero“ orientiert. Für die Periode 2002 bis 2012 hat der Gemeinderat das Ziel gesetzt, mit systematischen Massnahmen die Unfälle mit Personenschäden um 10% zu reduzieren. In der mittelfristigen Investitionsplanung sind dafür Fr. 300 000.00 jährlich reserviert.

Neben der Sanierung von Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen (Schwerpunkt Basisnetz) werden aufgrund der gesammelten Fakten (Unfallstatistik, Feststellungen, Meldungen) gezielte Polizeikontrollen sowie Informations- und Sensibilisierungskampagnen durchgeführt. Bei Neuanlagen und Sanierungen beurteilen die planenden Fachleute die vorgesehenen Massnahmen grundsätzlich immer auch aus der Optik des Kindes. Allfällige Defizite auf Schulwegen können bei den periodischen Kontakten mit den Schulorganen rasch erfasst und in der Folge auch behoben werden. Die auf einer Pendenzenliste verzeichneten Anliegen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie die Vorgaben des Richtplans Fuss- und Wanderwege fliessen bei der Erarbeitung aktueller oder künftiger Verkehrs- und Gestaltungsprojekte laufend mit ein.

Bei der Zusammenarbeit mit den Elternräten und Quartierorganisationen wird darauf geachtet, dass die entgegen genommenen und prioritär auszuführenden Verbesserungsvorschläge einigermassen den Rahmen der verfügbaren Mittel einhalten. Eine lange Wunschliste, die mangels Geld nur zögerlich abgearbeitet werden könnte, würde niemandem dienen und eher zu Frustrationen führen. Da die Grenze eines vernünftigen Kosten- / Nutzenverhältnisses bei klassischen baulichen Massnahmen für die Vermeidung von Unfällen in vielen Fällen erreicht ist, müssen Verbesserungen vermehrt mit anderen Mitteln angestrebt werden, insbesondere mit Information sowohl der Kinder als auch der Erwachsenen, denn rund 90% aller Verkehrsunfälle entstehen durch Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmenden.

Zusätzliche Verkehrssicherheitsmassnahmen für Schulwege werden gegenwärtig in einer Studie geprüft, die aufgrund der vom Stadtrat erheblich erklärten Motion Fraktion SP / Juso (Oskar Balsiger) betreffend Schulhäuser mit sicherem und gesundem Umfeld ausgelöst wurde. Die erarbeiteten Resultate bilden eine gute Grundlage für die Beurteilung der Wirksamkeit von Massnahmen und für ein Umsetzungskonzept. Zusätzliche flächendeckende Untersuchungen der Schulwege und Schulwegnetze im ganzen Stadtgebiet brächten keinen weiteren Nutzen; vielmehr würden sie Ressourcen binden und der effektiven Sanierungsarbeit entziehen.

3. Verkehrserziehung

Kinder der verschiedenen Altersstufen verhalten sich unterschiedlich und auch anders als die Erwachsenen. Die Verkehrsinstruktoren treffen in den Kindergärten heute vermehrt auf sehr junge Kinder im Alter von viereinhalb und fünf Jahren, die auf ihrem Weg in den Kindergarten unbedingt noch begleitet werden sollten. Wie Studien zeigen, sind Kinder erst ab etwa fünf Jahren in der Lage, sich im öffentlichen Raum zu Fuss sicher zu bewegen. Sicher eine Strasse überqueren können sie im Alter von sechs bis sieben Jahren – sofern sie sich auf den Verkehr konzentrieren und nicht abgelenkt werden. Und erst im Alter von acht bis neun Jahren lassen sich Kinder nicht mehr so leicht ablenken.

Die fünf Verkehrsinstruktoren der Stadtpolizei Bern besuchen die Klassen vom Kindergarten bis zum 5. Schuljahr mindestens während einer Doppellektion pro Schuljahr. Gegenwärtig wird zudem der Verkehrsunterricht für das 6. bis 9. Schuljahr vorbereitet; eingeführt werden soll er bis August 2006.

Die jüngsten Kinder lernen das korrekte Verhalten auf der Strasse in besonderen Situationen beim Unterricht mit dem Verkehrsinstruktor. Kleinere Klassenausflüge dienen als praktische Übungen und Repetition. Das richtige Verhalten im Strassenverkehr muss den Kindern immer wieder gezeigt werden. Es ist deshalb nötig, dass auch Eltern und Erziehungsberechtigte sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sind und den Kindern das richtige Verhalten im Verkehr vorleben.

4. *Fazit*

Der Gemeinderat setzt sich seit langem intensiv für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Aufwertung der öffentlichen Räume ein. Sichere und attraktive Schulwegnetze sind auch ein wesentliches Element bei der Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der Stadt Bern. Die Sanierung weiterer Unfallschwerpunkte und die Aufwertung von Naherholungsräumen sowie von Park- und Spielbereichen wurden denn auch in die Legislaturrichtlinien 2005 – 2008 aufgenommen.

Verbesserungsmassnahmen sollen nicht nach dem Giesskannenprinzip, sondern prioritär im unmittelbaren Umfeld der Schulen realisiert werden, wo sich die grösste Wirkung für die Sicherheit der Kinder erreichen lässt. Für das laufende Jahr wurden in Zusammenarbeit mit den Elternräten bei vier Schulstandorten beispielsweise bereits Massnahmen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Schulwegbeleuchtung ausgeführt und eine Fussgängerunterführung saniert.

Mit den verfügbaren Ressourcen will der Gemeinderat in der beschriebenen Art und Weise Schwergewichte setzen. Eine zusätzliche Planung ist dafür nicht nötig. Die Hauptanliegen der vorliegenden Motion, nämlich die laufende Erfassung von Problemstellen und Angstorten, die Erarbeitung von geeigneten Massnahmen in partizipativen Prozessen sowie die laufende Weiterentwicklung von einschlägigen Bemühungen in den Quartieren, sind beziehungsweise werden laufend bereits erfüllt. Sofern einzelne Projekte die Kreditkompetenz des Gemeinderats übersteigen, werden dem Stadtrat zu gegebener Zeit die entsprechenden Vorlagen unterbreitet.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 26. Oktober 2005

Der Gemeinderat